

Antrag 43/II/2023

SPD-Ortsverein Königs Wusterhausen, SPD-UB Dahme-Spreewald

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission zurückgestellt

Umgangsrechte und häusliche Gewalt 3

1 Wir fordern die SPD geführte
2 Landesregierung und SPD-
3 Landtagsfraktion aus sich für
4 eine Anpassung der Reform zum
5 Umgangsrecht einzusetzen.

6

7 **Begründung**

8 Der Umgang wird nur selten ver-
9 wehrt.

10 In der neue Anpassung der Re-
11 form zum Umgangsrecht fehlen
12 Sonderregelungen für gewalttätige Eltern. Denn der Fokus der
13 Rechtsprechung werde falsch ge-
14 setzt. Auf der einen Seite wer-
15 den Frauen gedrängt, sich von
16 einem gewalttätigen Partner*in-
17 nen zu trennen und dafür auch
18 noch Sorge zu tragen, dass kei-
19 ne Gewalt passiert von Seiten
20 der/des Ex-Partner*in. Und auf
21 der anderen Seite ist, der Vater,
22 der ja den Umgang will, dem wird
23 in keiner Weise Verantwortung
24 für sein Handeln zugeschrieben –
25 beziehungsweise wird nicht kon-
26

Der Antragsteller wird gebeten, ein Ziel der Reform zu formulieren, so dass eine inhaltliche Bewertung des Antrages möglich ist. Die Begründung des Antrages ist nicht Teil der Beschlußfassung.

27 trolliert, was tut eigentlich der Va-
28 ter, dass er in einer positiven, gu-
29 ten, kindgerechten, nicht Kindes-
30 wohlgefährdenden Weise seinen
31 Umgang ausübt.
32 Für sie sollte es daher gesetzliche
33 Auflagen für Täter*innenbera-
34 tungen geben, die dann auch
35 kontrolliert werden müssten.
36 Dies müsse Voraussetzung dafür
37 sein, dass der Umgang über-
38 haupt stattfinden kann. Und das
39 Wissen um Gewaltdynamiken
40 müsse am Verfahren Beteiligten
41 Teil der offiziellen Ausbildung
42 sein. Denn noch wird in der
43 Praxis so gut wie nie Umgang
44 ausgesetzt oder gar verwehrt.